

internationale Vertreter teilnehmen, und die Hafnarbeiter werden gegen die neuen Kriegsvorbereitungen entscheidende Beschlüsse fassen.

(Beifall)

In den Aufgaben wird auch mit aller Dringlichkeit darauf hingewiesen, daß die Unterschriftensammlung zur Ächtung der Atombombe verstärkt werden soll, daß in allen Betrieben Friedenskomitees zur Verteidigung des Friedens errichtet werden müssen. Die französischen freundschaftlichen und brüderlichen Beziehungen zu den deutschen Arbeitern müssen verstärkt werden durch Herstellung dauerhafter, enger Beziehungen und durch einen ständigen Erfahrungsaustausch, und wenn es sich als notwendig erweist — so wurde beschlossen —, werden die beiden Organisationen erneut zusammentreten, um neue Beschlüsse zu fassen.

Dieser Freundschaftspakt der französischen und deutschen Arbeiter hat ein Echo in den Belegschaften unserer Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik und in Berlin gefunden wie nie zuvor. Schon jetzt liegen über 1200 Zustimmungen und Entschließungen vor. In all diesen wird die lebhafteste Freude der Arbeiter und Angestellten ausgedrückt, die in der Herstellung solcher freundschaftlichen, brüderlichen, solidarischen Beziehungen ein neues Glied in der Front des Friedens sehen. Es ist äußerst erfreulich, daß von den über 200 Entschließungen aus Berlin ein beträchtlicher Teil aus den Betrieben Westberlins gekommen ist. Das wird der Unterschriftensammlung zur Ächtung der Atombombe in Westberlin trotz des Terrors der amerikanischen Besatzungsmacht und der reaktionären Westverwaltung, die die Unterschriftensammler verhaften, vor die Gerichte stellen und in die Gefängnisse werfen, trotz alledem einen neuen Auftrieb geben.

Die Arbeiter und Angestellten haben sich aber nicht nur mit der Zustimmung begnügt, sondern hier zeigt sich, wie im Kampf für den Frieden von den Arbeitern selbst eine neue Initiative entwickelt wird. So haben sich die Arbeiter des Stahlwerks Hennigsdorf an die Belegschaft der Hagen - Hasper Hütte in Westdeutschland gewandt und zur Bildung von Friedenskomitees aufgefordert. Die Horchwerke in Zwickau haben in einem Schreiben an die Belegschaft von Daimler-Benz in Stuttgart und an die Renault-Werke in Paris die Herstellung von engen brüderlichen Beziehungen zum gemeinsamen Friedenskampf gefordert.

Der Berliner Vorstand des FDGB hat sich an die Pariser Region der CGT gewandt. Die Bergarbeiter von der Grube „Karl Marx“ haben sich an die Bergarbeiter von Laon in Nordfrankreich gewandt. Es liegt bereits heute das Antworttelegramm des Generalsekretärs der französischen Bergarbeiter, Dugnet, vor, der in diesem Telegramm zum Ausdruck bringt, daß die gemeinsamen Interessen der Bergarbeiter Frankreichs und Deutschlands im Vordergrund stehen, und feststellt, daß viel von den deutschen und französischen Bergarbeitern abhängt, damit ein dauerhafter Frieden gesichert werden kann.

Die Belegschaft des großen Leunawerkes hat ein Friedenskomitee gewählt und die Aufnahme von Verbindungen mit den gleichartigen Betrieben Westdeutschlands und Frankreichs beschlossen. Friedenskomitees wurden gewählt im Bunawerk und in den letzten Tagen auch bei Krupp-Gruson in Magdeburg, wo unter Beteiligung der Arbeiter, der Angestellten und der technischen Intelligenz, der verschiedensten politischen Parteien und Organisationen ein Friedenskomitee gegründet worden ist, an dessen Spitze ein technischer Angestellter steht.

All dies zeigt, daß die Arbeiter in wachsendem Maße die Bedeutung und den Sinn der Verstärkung des Kampfes für den Frieden begreifen, durch die Schaffung von

Friedenskomitees auf breiter Grundlage die friedliche Entwicklung unseres Landes und die Herstellung von freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarvölkern zu fördern. Dabei sind wir uns dessen bewußt, daß die Verträge mit der Republik Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn, die hier begründet worden sind, für die Arbeiter und damit für die Gewerkschaften eine neue Verpflichtung mit sich bringen, nämlich die Anstrengungen in der Erfüllung unseres Volkswirtschaftsplans zu verstärken, damit diese Verträge auch wirklich termingemäß und entsprechend dem Geist und den Gedanken, in denen sie abgeschlossen worden sind, durchgeführt werden können.

So wird der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund nicht nur die Interessen der Arbeiter der Deutschen Demokratischen Republik vertreten, sondern mit der Herausstellung dieser Aufgaben, die gesamtdeutsche Aufgaben sind, übernimmt er auch die Verantwortung auf gewerkschaftlichem Gebiet für Gesamtdeutschland. Auf diese Weise weiterzuarbeiten, wird der beste Beitrag sein, den die Genossenschaften, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, die Freie Deutsche Jugend und der FDGB zu den Bemühungen unserer Regierung leisten können, die darauf abzielen, die Freundschaft mit unseren Nachbarvölkern zu festigen und den friedlichen Aufbau in unserem Lande zu beschleunigen, die Lebenshaltung unserer Bevölkerung zu verbessern und den Frieden der Welt zu sichern.

Mit dieser Verpflichtung und mit dem ernsthaften Willen, die abgeschlossenen Verträge zu erfüllen, stimmt die Fraktion FDGB/FDJ den Erklärungen der Regierung zu und begrüßt mit aufrichtiger Genugtuung die mit der Volksrepublik Polen, mit der Tschechoslowakischen Volksrepublik und der Volksrepublik Ungarn getroffenen Abkommen für die weitere Festigung der Freundschaft, für die weitere Stärkung und den Ausbau der Friedensfront unter der Führung der großen sozialistischen Sowjetunion.

(Beifall)

Präsident Dieckmann:

Für die Fraktion der National-Demokratischen Partei Deutschlands spricht nun Herr Abgeordneter Vincenz Müller.

Abg. Vincenz Müller (NDPD):

Meine Damen und Herren! Den Ausführungen des Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Ulbricht, und des Herrn Ministers für auswärtige Angelegenheiten über die Außenpolitik der Regierung und insbesondere über die letzten Abmachungen stimmt die Fraktion der National-Demokratischen Partei Deutschlands mit voller Überzeugung zu.

Für uns bedeuten insbesondere diese letzten Abkommen einen Wendepunkt in den Beziehungen des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn, vor allem gegenüber Polen und der Tschechoslowakei. Dieser Wendepunkt besteht in der endgültigen Abkehr von der verhängnisvollen Auffassung, eine bessere Zukunft unseres deutschen Volkes auf Kosten anderer Völker zu suchen. Eine wirklich nationale deutsche Außenpolitik muß ehrlich und nüchtern sein. Noch lasten auf dem deutschen Volke die Folgen des zweiten Weltkrieges, und diese Folgen sind noch verschärft durch den Bruch des Potsdamer Abkommens durch die westlichen Besatzungsmächte, durch die Spaltung Deutschlands.

Unser Streben geht dahin, unser ganzes deutsches Volk wieder in die Gemeinschaft der friedlichen Völker zurückzuführen. Das ist nur möglich, wenn wir Deutsche die uns im Potsdamer Abkommen auferlegten Verpflichtungen nach ihrem wahren Sinn und Geist erfüllen, wenn wir alles tun, um gerade den Völkern, die der letzte